Kritischer Blick auf Merkel-Ära

Ein Journalist und Publizist zieht beim Linken Forum Bilanz.

■ Paderborn. Der vielfach ausgezeichnete Kölner Journalist und Publizist Werner Rügemer hat in der Cafeteria der Kulturwerkstatt eine Bilanz der "Ära Merkel" gezogen. Auf Einladung des Linken Forums Paderborn gab es zudem einige Ausblicken auf die sich abzeichnende neue Regierungskoalition.

Die Agenda 2010 des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder sei ab 2005 unter der CDU-Kanzlerin Angela Merkel verschärft fortgeführt worden. Die Folge habe ein "unregulierter Ausverkauf öffentlicher Güter an Kapitalorganisatoren wie Blackstone, BlackRock und andere" eingesetzt. "In der Ära Merkel hat infolge die menschenrechtswidrige Arbeitsund Rentenarmut weiter zugenommen."

Während sich Schröder im Rückblick auf die Wirkung der Agenda-Maßnahmen gerühmt habe, "den größten Niedriglohnsektor in der EU geschaffen" zu haben, sei dieser Prozess der Prekarisierung unter Merkel weitergetrieben worden.

Schröder und Josef Fischer hätten mit ihrer Reformpolitik den Einstieg der neuen, deregulierten Kapitalakteure aus den USA gefördert. Hunderte Firmen in vormals öffentlicher Hand seien "restrukturiert" worden: Löhne seien eingefroren und viele Beschäftigte entlassen worden. "Betriebsräte wurden aus den Unter-

nehmen herausgemobbt, ganze Abteilungen verkauft oder geschlossen, Immobilien wurden verkauft und teuer zurückgeleast."

Der Kahlfraß US-amerikanischer "Heuschrecken" sei unter Merkel weiter forciert worden, beispielhaft nannte Rügemer die Einbeziehung des größten Private-Equity-Investors Blackstone als neuen Großaktionär in die Deutsche Telekom AG, deren Vorstand gegen gewerkschaftlichen Widerstand kurzerhand entlassen worden sei.

Bis 2020 seien, so Rügemer, hierzulande rund 10.000 lukrative Mittelstandsunternehmen auf diese Weise "restrukturiert" worden, viele davon im besonders sensiblen Gesundheits- und Pflegebereich. Die Wirkungen hätten stets in prekären Arbeitsverhältnissen, erhöhtem Arbeitsstress und der Unterversorgung der Patienten bestanden.

Eine grundlegende Neubesinnung des von Merkel eingeschlagenen Wegs durch die sich abzeichnende neue Koalitionsregierung erwartete der Kölner Publizist auf Nachfrage aus dem Publikum nicht. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für weitere Privatisierungen und Deregulierungen am Arbeitsmarkt blieben weitestgehend in Kraft. Sie seien bei den bisherigen Sondierungen auch kein Gegenstand Veränderungsabsichten von gewesen.



Werner Rügemer spricht deutliche Worte.